

Saale-Zeitung.

Vierteiljahrlicher Jahrgang.

Anzeigen

Wenden die Spaltenzahl der Zeitung...

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei zweimaliger...

Für unbenutzte eluetezte Namens...

Druckerei der Redaktion Nr. 110...

Nr. 307.

Halle a. S., Dienstag, den 5. Juli.

1910.

Ein offener Brief des Grafen Zeppelin.

Von Bord des Luftschiffes „Moring“ hat Graf Zeppelin am 2. Juli folgenden Offenen Brief an die Deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. gerichtet:

Zu dem Verluste, welchen Sie an dem Luftschiff „Deutschland“, wenige Tage, nachdem es als erstes Passagierluftschiff...

anreichte. Ein allgemeiner Mangel an Benzin bestand nicht; im Gegenteil war davon noch ein Vorrat für Speifen aller drei Motore für mehrere Stunden vorhanden.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß das statische Schwerevermögen dem Luftschiff nur durch das Hineinsetzen in den aufsteigenden, vom starkem Schneefall begleiteten Drehsturm benommen worden ist.

Doch die Hauptsache ist, daß der Vorgang vom 28. Juni das Vertrauen zur Sicherheit meiner starken Luftschiffe in keiner Weise so erschüttern angeht.

wird. War man in dem Winde entgegengesetzter Richtung gefahren, so genügt die geringe Eigengeschwindigkeit, um, so dem Winde treibend, zum Ausgangspunkt zurückkehren zu können.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit Graf Zeppelin.

Deutsches Reich.

Die Minister des Kaisers.

Einem Berliner Mittagsblatt wird von wohlinformierter Seite geschrieben:

Von offiziöser Seite wird behauptet, der Reichszankler habe den Nationalliberalen Herrn Dr. Lenze und Zehn...

Der neue Oberpräsident von Sachsen.

Der bisherige Unterstaatssekretär des Staatsministeriums, Dr. v. Guenther, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt worden.

Hans Kaufman v. Guenther ist am 3. Februar 1864 in Berlin geboren. Er studierte in Heidelberg und in Berlin die Rechte...

Feuilleton.

Unterhaltungsbblatt. Feuerblut. Roman in drei Büchern. Von Gerhard von Amnator. (Zwölft.) - Berliner Brief. Von A. Sitovius. - Bunte Zeitung. - Literatur.

Giovanni Virginio Schiaparelli.

(Von Heinrich Walter-Halle.)

Mailand, 4. Juli. (Privat-Telegramm.) Der berühmte italienische Astronom Schiaparelli, dessen schwere Erkrankung wir vor einigen Tagen meldeten, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

Kaum etwas hat die Frage so in Fluß gebracht: Gibt es außer der Erde noch Welten mit denkenden Wesen? wie Schiaparelli's Forschungen über die sogenannten Marskanäle.

Im Jahre 1882 entdeckte Schiaparelli zum ersten Male eine Verdoppelung der Kanäle. Der Forscher war damals Direktor der Sternwarte zu Mailand.

Wenn der Geist des Astronomen tiefer, immer tiefer in den Weltraum hinausgeschweifet, kann er sich leicht in Phantasien verlieren, auf denen er dann ein gewaltiges Schloß aufzuführen will, das, so leicht gefügt, zusammenfällt.

Ideen die strenge, unumstößliche Logik fügte. Gerade in diesem Jahre, dem Kometenjahre, in dem die Erwartungen so hoch gespannt waren, ist es interessant, seiner Spürhosen über die Erscheinung der Sternschuppen zu gedenken.

Auch die nur einmalige Indeburgen von Merkur und Venus während ihres Umlaufs um die Sonne stellte Schiaparelli fest. Der Planetoid Hesperia hat ihn zum Entdecker.

Der Forscher mußte es fast glauben. Auf dem Kontinente dort oben hatte er dunkle, regelmäßige Linien gesehen, Kanäle, wie er sie nannte.

Wahntaste in das Joch des strengen Denkens einspannen konnte. Ihm ist es gelungen, andere haben sich fortziehen lassen auf schwanken Boden, auf ungeselliges Neuland.

Die Wissenschaft ging andere Wege und mit ihr Schiaparelli. Die Ungeheuerlichkeit der Kanäle, die sich bis 200 Kilometer breit durch das Festland des Mars ziehen mühten, ließ an ihrem Kunstabau zweifeln.

Unwissenschaftlichen schwanken die Meinungen einher. Und Schiaparelli ist tot, er, der diesen Kampf einst ausgefüllt. Man ist nicht immer gnädig mit ihm verfahren und doch hatten nur andere auf seinen Ideen die Wahntastgebilde aufgebaut.

Man bildet er kaum in die anendliche Rästelwelt der Sterne.

## Rheinbaben als Oberpräsident.

Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz und frühere Finanzminister Graf v. Rheinbaben, der den in Düsseldorf stattfindenden Festlichkeiten des rheinischen Goethevereins beizuhören, deren Präsident er führt, äußerte sich in einem Privatgespräch dahin, daß seine Demission als Finanzminister keine politische Bewegung gründe gehabt habe. In Düsseldorf eingeweihten Kreisen wußte man seit langem, daß Freiherr von Rheinbaben bei der ersten ihm bietenden Gelegenheit von ihm ernannten Vizepräsidenten der Rheinprovinz Rheinbaben übernehmen würde. Besonders heftige Leute wollen schon wissen, daß namentlich jetzt auch das schon vor Jahren errogene Projekt einer neuen Provinz Niederelbe mit dem Sitz in Düsseldorf wieder lebendig werden wird.

## Kleine politische Nachrichten.

### Die Affäre Jollisch vor dem Disziplinarhof.

Der Reichsdisziplinarhof verhandelte gestern den Oberpostsekretär Jollisch aus Berlin. Im Verlauf der Verhandlung verlas Rechtsanwalt Dr. Schwegler das Urteil der Potsdamer Disziplinarkammer vom 28. Oktober 1909, wonach Jollisch wegen Dienstvergehens zu Straferhebung und Verminderung seines Gehalts um ein Sechstel verurteilt wird. Die Disziplinarkammer war zu der Urteilsabgabe gekommen, daß Jollisch als Verbandsvorsitzender für den Hauptinhalt der sechs inkriminierten Artikel in der „Deutschen Postzeitung“, trotz der verantwortlichen Zeichnung eines Redakteurs verantwortlich sei. Einwirkung des Charlottenburger Polizeipräsidenten.

Das neue Gebäude des Charlottenburger Polizeipräsidenten ist gestern in Gegenwart des neuen Ministers des Innern von Döllmich feierlich eingeweiht worden. Dieser ergriß das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er der Freude Ausdruck gab, daß er schon so kurz nach seinem Amtsantritt an einer feierlichen Veranstaltung teilzunehmen habe, bei der der freundschaftliche Verkehr zwischen der kaiserlichen und kommunalen Verwaltung so schön zum Ausdruck komme. Der Minister verlas eine Reihe von Ordensauszeichnungen; so hat der Polizeipräsident v. Herzberg den Orden Alexander 2. Klasse mit der Schleife erhalten. Außerdem sind die Polizeioffiziere, zahlreiche Schulleute des uniformierten Korps, sowie der Kriminalabteilung, als auch die Baupolizei mit Auszeichnungen bedacht worden.

### Der Landeslehrerverein des Fürstentums Bielefeld

professiert gegen die Übertragung des neuen oldenburgischen Schulgesetzes auf das Fürstentum.

### Deutschlandreise des Grafen Bentinck.

Aus New York wird gemeldet: Der deutsche Botschafter in Washington Graf v. Bentinck ist nach Deutschland abgereist. Gehensfeier des Friedens von Oliva.

In der wehrtauglichen Stadt Oliva fand am Sonntag die Feier zur Erinnerung an den vor 250 Jahren abgeschlossenen Frieden von Oliva statt unter Teilnahme aller Behörden aus Stadt und Provinz sowie unzähliger Tausende. Bei dem Festmahle im Weißen Saale des königlichen Schlosses wurde folgendes Telegramm an den Kaiser abgelesen: „Eurer Kaiserlichen und königlichen Majestät bringen die zur 250jährigen Gedenkfeste des Friedens von Oliva im königlichen Schlosse zu Oliva Versammelten ihre aufrichtigste Glückwünsche dar und geloben an der Stätte, wo einst ein Grundstein für Freundschaft gelegt wurde, allezeit treu zu stehen zu Kaiser und Reich.“

Der Friede von Oliva, der am 3. Mai 1809 geschlossen wurde, beendete das Schwedisch-Polnische Krieg zwischen den Schweden, Polen, dem Kaiser und dem Großen Kurfürsten von Brandenburg.

## Sof. und Personalnachrichten.

Der Kaiser ist gestern nachmittags seine Nordlandreise an, an der teilnehmend: Generaladjutant, General der Kavallerie v. Sgall, der Chef des Generalstabes, General der Infanterie v. Moltke, der Chef des Militärkabinetts, General der Infanterie Graf v. Lyncker, der Chef des Marinekabinetts, Vizeadmiral v. Müller, die Flügeladjutanten Oberst v. Gellius, Fremdenkapitän v. Bülow, Hausmarschall Graf v. Lyncker, der Generalarzt Dr. Albert, Prinz Albert zu Schleswig-Holstein, Prinz Otto zu Sagan-Wittgenstein, Graf v. Schöppingen, v. Götz, Generaladjutant Graf v. Hülsen-Haeseler, Generaloberst v. Treutler, Oberst Dittus, Chef. Regierungsrat Prof. Dr. Gölzfeldt und der Marinearzt Prof. Sömer.

Die Kaiserin ist gestern früh 8 Uhr von Wildbadstation in Kiel eingetroffen und vom Kaiser, dem Prinzen Waldemar und der Prinzessin Heinrich, dem Kommandanten der „Diana“ Kapitän Rapp und dem Polizeipräsidenten von Schützler am Bahnhof empfangen und auf die „Soboloffen“ geleitet worden. In Begleitung der Kaiserin befand sich Prinz Joachim, der in Wien von seiner Mutter abgeholt wurde. Die Kaiserin wird voraussichtlich nicht nach Darmstadt reisen, sondern nach Kiel aus an Bord der „Diana“ eine Kreuzfahrt in der westlichen Ostsee antreten.

## Ausland.

### Eine antikerikale Massendemonstration.

Die antikerikale Kundgebung, die unter Beteiligung aller Schichten der Madrid'er Bevölkerung am Sonntag stattfand, bedeutet für das spanische Kabinett einen großen Erfolg. Canalejas' Auftreten gegen die Klerikalen findet eine begeisterte Zustimmung, auf die er in diesem Maße wohl selber kaum gerechnet hat. In dieser Frage stehen alle nichtkerikalen Parteien zusammen, Liberale, Demokraten und Republikaner. An der Demonstration nahmen über hunderttausend Männer und Frauen teil. Der Demokrat Roset, der Vorgänger Canalejas' als Ministerpräsident, wurde mit höchstem Jubel begrüßt. Auch aus der Provinz werden ähnliche Kundgebungen gemeldet, so aus Barcelona, Valencia, Valladolid, Salamanca, Bilbao usw. Hinsichtlich der in Spanien stattgefundenen Kundgebung, so daß die gesamte liberale Presse diesen Tag als einen historischen feiern kann, der in Spaniens Geschichte eine Wendezeit bezeugt.

### Wentereien in französischen Gesangnissen.

In der Zwangsarbeitsanstalt von Verrucourt ereigneten sich, während die Behörden eine Untersuchung über die jüngsten Vorgänge anstellten, neue Ausschreitungen der jugendlichen Häftlinge, die wiederum die Festherrschaften

verdrängen und ihre Aufsicht mit Steinen bewarfen. Die ständig in der Anstalt untergebrachten Gendarmen konnten mit Mühe die Ordnung wiederherstellen. Die Wenterer erklärten, sie wollten lieber ins Gefängnis als in der Anstalt bleiben.

Die Untersuchung hat ergeben, daß in der Tat bedenkliche Zustände in der Anstalt herrschen. Die zwanzig Häftlinge, die in der Anstalt mangelhaft genährt und gepflegt sind, sind zusammengepackt mit Kranken und Gefesseltwerden und ohne irgendwelche ärztliche Beschäftigung. Einer der Aufsicht erklärte selbst, daß schon lange Anarchie in der Anstalt herrsche, daß die Aufsicht ganz ungenügend sei und die Häftlinge von ihren Genossen die schlimmsten Sitten annehmen. Alle würden wie Tiere behandelt. Die hiesigen Verhältnisse der Anstalt seien unter aller Kritik, die Unruheverderber hilflos.

## Der allrussische Journalistenkongress

wurde durch den hiesigen Redakteur und Präsidenten des allrussischen Journalistenvereins H. Oleschak in Sofia eröffnet. Etwa 150 Delegierte aus allen russischen Ländern, außer Rußland, wo die Journalistenvereine dem allrussischen Verbande noch nicht beigetreten sind, nahmen an der Veranstaltung teil. Die Kongressisten wurden durch Ansprachen des Ministers Krakenz namens der bulgarischen Regierung, des Bürgermeisters von Sofia und des Präsidenten der bulgarischen literarischen Gesellschaft G. G. G. begrüßt. Es folgten Referate über die Aufgaben des Kongresses und über russische Presseverhältnisse. Der Kongress beschloß, an König Ferdinand ein Beglückwünschungsgramm abzugeben. Gleichzeitig wurde der Kongress der russischen Presse eröffnet.

## Kleine Tagesnachrichten.

### Wiedererrichtung der Janitscharen.

Der türkische Kriegsminister beschloß die Wiedererrichtung des historischen Janitscharenkorps. Die Janitscharen waren ein insbesondere aus gebildeten Christenkindern gebildetes militärisches Elitekorps, das sich allmählich, von den Sultanen bevorzugt, zu einer Prätorianergarde entwickelte, die Macht an sich riß und selbst Sultane nach Gefallen ein- und absetzte. 1826 machte Sultan Mahmud II. mit blutiger Gewalt ihrem Treiben ein Ende und hob das Korps auf.

## Halle und Umgebung.

Salle a. S. 3. Juni.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorabendlich die Herren Geh. Kommerzienrat Steiner, Justizrat Föhring, Baumeister Gygas und Fabrikant G. Heiler.

Unter den Eingängen wird eine Einladung zu dem Gabelberger Geographentag (13. und 14. August) bekanntgegeben. Ferner liegt eine Eingabe der Schutzhilfsvereine vor, die ausführt, man dürfe sie bei der Neuverpachtung von Wirtelried und dem Zoologischen Garten nicht ausschließen, weil es sich bei der Firma um ein auswärtiges Unternehmen handle; ihre Betriebe in Halle hätten einen beträchtlichen Umfang, daß die Firma als ortsanständiges Unternehmen gelten dürfe.

1. Herr Ein. S. G. S. berichtet über den Antrag des Magistrats, den Leitern der städtischen Betriebe bzw. den Vorstehern von Amtsstellen, für deren Verwaltung Deputationen zu gewähren. Der Referent empfiehlt den Antrag. Die Abstimmung stimmt zu.

2. Der Abschluß des Vertrages mit dem Baumeister Friedrich Kubitz zur Anlage eines Teiles der Straße, die den im Befugnisplan festgestellten Dessauer Platz umgibt, wird genehmigt. Gegen die Ausführung des Ausbaues der geplanten Straße liegen keine Bedenken vor, da die angelegten Erhebungen der Polizei-Verwaltung ergeben haben, daß unter dem hier in Betracht kommenden Gelände des Dessauer Platzes Kohlenabbau nicht stattgefunden hat. Für etwaige durch Grubenabbau entstehende Schäden an den an der neuen Straße aufzuführenden Wohnausbauten übernimmt die Stadtgemeinde gemäß § 6 des Vertrages keine Gewähr. (Ref. die Herren Stov. Gygas und Föhring.) 3. Beim Baukonto „Neubau einer Oberrealschule“ ist eine

### Mehrausgabe

von 21.850,13 Mark zu verzeichnen. Nach dem ursprünglichen Kostenschätzung des Hochbauamtes mit 582.930 Mark Abschloß, ist eine Mehrausgabe von 18.600,13 Mark entstanden. Diese über den Kostenschätzung hinausgehenden Mehrausgaben finden nach der Magistratsvorlage ihre Erklärung durch nachstehende Begründung:

Deshalb die Preise des Kostenschätzunges keine hohen genannt werden konnten, wurden vor der Baukommission noch Abstriche in Höhe von 13.250 M. vorgenommen. Die Ausführung hat ergeben, daß diese Abstriche nicht gerechtfertigt waren, denn in den meisten Fällen haben nicht einmal die Preise des Kostenschätzunges ausgereicht, viel weniger die von der Kommission heruntergeleitet.

Die allgemeine Steigerung der Löhne und Materialpreise während der Bauzeit hatte eine Verteuerung der Arbeiten zur Folge, durch die während der Ausführung eintretenden Streiks der Bauarbeiter, Maurer, Klempner, Tischler und Steinmetzen erfuhr die Löhne eine wesentliche Steigerung, mit der bei der Aufstellung des Kostenschätzunges nicht gerechnet werden konnte. Aber nicht nur die Löhne gingen in die Höhe, sondern auch die Materialpreise stiegen ganz bedeutend; so wurden z. B. die Preise für die Einrichtungsgegenstände für die naturwissenschaftlichen Abteilungen um 10 Prozent erhöht.

Es treten auch Mehrverbrauch an Materialien und Mehrleistungen an Arbeitskräften ein bei den Aufstellungsarbeiten. Fundament, Zimmer, Dachstuhl, Kupfer, Tischler, Schlosser und Glaserarbeiten, Wasser- und Abwasser, innere Einrichtung und Einfriedigung.

Die im Kostenschätzung nicht vorgesehene Beschaffung der Einrichtungsgegenstände für drei Klassen wurde von der Schulverwaltung für notwendig erachtet.

Die Einfriedigung der späteren Schulverminderung, die ebenfalls nicht vorgesehen war, mußte mit ausgeführt werden, ebenso die Hofregulierung für diesen Teil des Schulhofes.

Verschiedene größere Aufwendungen wurden erforderlich, die bei der Aufstellung des Kostenschätzunges nicht vorausgesehen waren, z. B. der Sturmflut nach dem Juni 1907 an den

Dächern, das Trockenheizen des Baues, die Isolierung der Dächer über dem dritten Geschloß, die Mietung und Unterhaltung eines Baubüros, die Umarbeitung und Instandsetzung der alten Einrichtungsgegenstände.

Mehrausgaben bildet folgenden Titeln des Kostenschätzunges eingetretener: Mauerarbeiten 6088 M., Steinmauerarbeiten 211,20 M., Zimmerarbeiten 8947,20 M., Dacharbeiten 2855,04 M., Kupfer- und Klempnerarbeiten 7380,53 M., Tischlerarbeiten 860,18 M., Schlosserarbeiten 2700,02 M., Glaserarbeiten 1386,67 M., Wasser- und Abwasser 884,57 M., Innere Einrichtung 9735,78 M., Hofeinfriedigung 356,73 M., weisse und silberne Einfriedigung 586,92 M., Zugsammeln 7718,74 M.

Im dem Kostenschätzung für anteilige Straßenausbauforderungen 17.762 Mark vorgezogen. Da nun aber die Gesamtkosten der Oberrealschule umgebenden Straßen aus der Anleihe 1900 besonders bewilligt worden sind, hat eine Vorauszahlung der im Kostenschätzung vorgezogenen Summe nicht stattgefunden. Zur Deckung der Ueberfreigabe könnten aber a) für Straßenausgabe bewilligte und beim Baukonto noch verfügbare Betrag von 17.762 Mark, b) die nicht im Kostenschätzung gestellten Einnahmen des Baukontos von 340,45 M., zusammen 18.102,45 M., verwendet werden, so daß noch eine Nachbewilligung von 3747,68 erforderlich sein würde.

Der Magistrat hat von der Abrechnung des Baukontos Kenntnis genommen und beschlossen, die Deckung der Mehrausgabe in der vorgeschlagenen Weise zu bewilligen. Die Veranschlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stov. Colberg.)

4. Beim Etat der Kaiser-Stiftung für 1909 sind Ueberfreigabungen in Höhe von 303 Mark vorgekommen; sie werden nachbewilligt. (Ref. Herr Stov. Colberg.)

5. Der Zoologische Garten sollte am 1. April 1909 in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen. Dieser Zeitpunkt ist auch der Pachtjahrszahlung als Anfangstermin zugrunde gelegt worden. Der formelle Kaufvertrag konnte, da die Anfertigung der hierzu erforderlichen Kaufbescheinigung längere Zeit in Anspruch nahm, erst am 12. Juni 1909 abgeschlossen werden.

In den Besprechungen der Baukommission ist mehrfach die Notwendigkeit zur Vornahme größerer Reparaturen und

## bauliche Veränderungen für den Zoo

herangezogen worden, die die Affien-Gesellschaft Zoologischer Garten, weil sie bringlich war, in der Zustimmung bis zum Vertragsabschluss bereits selbst ausgeführt hat. So ist a) in der Villa Charlotte eine gründliche Renovierung der Erdgeschosse und des ersten Stockes vorgenommen, ein neuer Eingang geschaffen, eine Speise- und Bodenlampe neu eingerichtet; es sind Läden neu beschafft, Doppelstempel angelegt um; b) im Grundstück Mittelstraße 10 ein Badezimmer und eine Mädchenlampe neu eingerichtet; c) im Restaurant Gembold ein neues Fenster beschafft usw.

Die Affien-Gesellschaft beantragt, ihr die dadurch entstehenden Kosten im Betrage von 5519,35 M. zu erlassen, und erklärt sich gleichzeitig bereit, den Kostenbetrag mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen. Mit Rücksicht darauf, daß sich durch die baulichen Veränderungen der Wert der Grundstücke erhöht, hält der Magistrat das Verlangen der Affien-Gesellschaft nicht für unbedeutend. Von den angebotenen Zinsen beabzuzieht man, 4 Proz. als Zinsen und 2 Proz. als Amortisation zu berechnen.

Die Affien-Gesellschaft Zoologischer Garten hat ferner beantragt, in dem Restaurant Reilsburg ein besondertes Weinzimmer einzurichten und den neuesten Zementfußboden im Restaurant Gembold trocken zu legen. Der Magistrat hält die Einrichtung des Weinzimmers nicht für erforderlich, erachtet aber die Trockenlegung des Fußbodens im Restaurant Gembold im Interesse der Erhaltung des ganzen Gebäudes als notwendig. Die Kosten hierfür werden etwa 238 Mark betragen. Außerdem hat die Affien-Gesellschaft Zoologischer Garten gebeten, sie von der in § 12 B des Pachtvertrages vom 12. Juni 1909 übernommenen Verpflichtung zur Hinterlegung einer Bürgschaftserklärung zu entbinden. Diefem Verlangen will der Magistrat nicht entsprechen. Er weist dabei darauf hin, es sei schon bei dem Kaufabschluss betont worden, daß zur Instandhaltung der Baulichkeiten eine einmalige Aufwendung von 30.000—40.000 Mark seitens der Stadtgemeinde notwendig sei.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt. (Ref. die Herren Stov. G. Heiler und Colberg.)

Nach einem Antrag des Herrn Stov. v. Bäume beschließt die Versammlung, für den Zoologischen Garten eine aus zwei Magistratsmitgliedern und drei Stadtverordneten bestehende Deputation oder, falls der Magistrat nicht zustimmt, einen aus fünf Stadtverordneten bestehenden Ausschuss einzusetzen.

5. Der Magistrat hat beschlossen, dem Verein für Volkswohl — Abteilung für Arbeitsnachweis — zum Zwecke der Errichtung eines öffentlichen

## facharbeitsnachweises für das Gastwirts-gewerbe

einen jährlichen Beitrag von 1000 Mark zu gewähren, also für 3 Jahre im Rechnungsjahr 1910—1912 3000 Mark aus Kap. XX Nr. 11. Herr Stov. Meyer als Referent empfiehlt die Vorlage.

Herr Stov. Föhring beantragt, den Nachweis als paritätisches einzurichten. Dem Verein für Volkswohl könne man die Sache nicht überlassen; die Kommune müsse den Nachweis selbst einrichten und ihn dem Direktor des Statistischen Amtes unmittelbar unterstellen.

Herr Bürgermeister v. S. O. I. entgegnet, daß die Anträge des Herrn Föhring für den Magistrat nicht annehmbar seien.

Herr Stov. Kühme hält die Anträge für unpraktisch. Der Verein für Volkswohl gehe mit seinen unentgeltlichen Nachweisen immer weiter vor; auch der jetzige Antrag sei nur ein Schritt zu dem Ziele, alle Gewerbe eine solche unentgeltliche Nachweisleitung zu schaffen. Dann kommt der Zeitpunkt, wo der Verein die Nachweise an die Stadt abgeben wird und muß.

Herr Stov. Föhring beschließt die Ausführungen des Herrn Kühme. Jetzt würden durch die Ausführung der Föhring'schen Anträge die Stadt nur hohe Kosten haben. Selbstverständlich ist es, daß der Arbeitsnachweis vollständig paritätisch aufgebaut werden müsse.

Herr Direktor des Statistischen Amtes Dr. Bloß legt dar, daß es sich bei dem Antrage nur um Weiterführung und Entwicklung eines Werkes handle, bei dem die Veranlassung bisher stets der Forderung des Volkswohlvereins nachgegangen sei. Es haben sich im Gastwirts-gewerbe ganz unheimliche Zustände auf diesem Gebiete herausgebildet. In Halle seien 700 Arbeitgeber und 3000 Arbeiter mehr vor-







